

Absender 1. F.D.P.-Fraktion 2. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Drucksachen-Nr. 163/2002	
		☒	Öffentlich
		☐	Nicht öffentlich
Antrag			
der Fraktion, der Ratsmitglieder ▼		zur Sitzung des	
1. F.D.P.- Fraktion 2. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Rates am 21.03.2002	

Tagesordnungspunkt

1. Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 20.01.2002, die Anteile der Stadt Bergisch Gladbach an der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft zu veräußern

2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.02.2002, die Anteile der Stadt Bergisch Gladbach an der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft nicht zu veräußern

Inhalt

Die Anträge sind beigelegt.

Stellungnahme der Bürgermeisterin:

Eine eventuelle Veräußerung der Anteile an der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft mbH ist bereits als eigener Punkt in die eingeleitete Produktkritik von der Verwaltung eingebracht worden. Diese Angelegenheit wurde in die Lenkungsgruppe, die mit den Vertretern des Rates besetzt ist, eingebracht.

Die Einleitung der erforderlichen umfangreichen Untersuchungen und die Einschaltung von Beratungsbüros zur Ermittlung des Unternehmenswertes wird insbesondere aus Kostengründen erst für vertretbar angesehen, wenn nach Vorabklärung einiger Grundsatzfragen, insbesondere hinsichtlich der steuerlichen Belastung auf einen Verkaufserlös, eine Richtungsfestlegung in den politischen Gremien getroffen ist.

Darüber hinaus ist noch anzumerken, dass die Entscheidungsvorbereitung infolge der zu klärenden umfangreichen Einzelheiten und den Erfahrungen aus früheren Anteilsveräußerungen einen erheblichen Zeitraum in Anspruch nehmen dürfte und die Einhaltung der im Antrag vorgegebenen 4-Monatsfrist zumindest fraglich erscheint, wobei jedoch eine schnellstmögliche Vorlage der Entscheidungsgrundlagen angestrebt werden könnte.

Sobald die oben näher bezeichnete Vorabklärung erfolgt ist, werden die zuständigen Gremien mit dem Ziel eines Grundsatzbeschlusses befasst.